

# A m t s - B l a t t .



Nr. 16.

Dinstag den 5. Februar

1839.

## Gubernial-Verlautbarungen.

Z. 167. (2)

Nr. 351.

### C u r r e n d e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Mit der Bestimmung, daß die in dem §. 462 des I. Theils des St. G. B. bezeichneten Personen, über ein, dem Criminal-Obergerichte von dem Criminal-Gerichte erster Instanz, im Sinne des hohen Hofdecretes vom 25. November 1815, Nr. 1191, zur Milderung vorgelegt, und von dem Obergerichte erledigtes Straf-erkennniß kein weiteres Recurs mehr anbringen können. — Seine k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 5. Septem-ber 1838 über den erhobenen Zweifel, ob in dem Falle, wo ein Criminal-Strafurtheil von dem Criminal-Gerichte erster Instanz, in Gemäßheit des Hofdecretes vom 25. November 1815, Nr. 1191 der Justiz-Gesetzsammlung, dem Criminal-Obergerichte zu einer die Macht des ersten Richters überschreitenden Milderung vorgelegt, und hierüber von dem Criminal-Obergerichte entschieden worden ist, den in dem §. 462 des I. Theils des St. G. B. bezeichneten Personen die Anbringung des Recurses an das Criminal-Obergericht noch freistehet, zu bestimmen befunden, daß in dem bezeichneten Falle kein Recurs an das Criminal-Obergericht mehr Statt finde. — Diese allerhöchste Entschliessung wird in Folge herabgelangten hohen Hofkongl.-Decretes vom 11. December 1838, Zahl 29769, hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 12. Jänner 1839.

Joseph Camillo Freiherr v. Schmidburg,  
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg Raitenau und  
Primör, k. k. Hofrath.

Joseph Wagner,  
k. k. Sub. Rath.

Z. 165. (2)

Nr. 31207/3309

### C u r r e n d e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Daß die Landes unter der Benennung Mant-

scheln vorkommende Karten viel gehört als Hazardspiel unter die verbotenen Spiele. — Nachdem der Erfolg des hierlandes unter der Benennung Mantscheln vorkommenden Kartenspiels bloß allein vom Zufalle abhängt, so ist dasselbe ein reines Glücks- oder Hazardspiel, und gehört unter die verbotenen Spiele, weil mit dem a. h. Patente vom 1. Mai 1784 nicht bloß die in diesem Patente namentlich aufgeführten, sondern überhaupt alle heimlichen und öffentlichen Glücks- oder sogenannten Hazardspiele verboten wurden. — Dieses wird anmit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 12. Jänner 1839.

Joseph Camillo Freiherr v. Schmidburg,  
Landes-Gouverneur.

Carl Graf zu Welsperg, Raitenau  
und Primör, k. k. Hofrath.

Joseph Wagner,  
k. k. Gubernialrath.

Z. 154. (3)

Nr. 711.

### C i r c u l a r e

des k. k. illyrischen Guberniums. — Ueber die bare Auszahlung der am 2. Jänner 1839 in der Serie 287 verlostten Hofkammer-Obligationen zu vier und ein halb Percent. — In Folge eines Hofkammer-Präsidentialschreibens vom 3. l. M., Zahl 27/P. P. wird mit Beziehung auf die Gubernial-Currende vom 14. November 1829, Zahl 25642, Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht: §. 1. Die am 2. Januar 1839 in der Serie 287 verlostten vier und ein halb percentigen Hofkammer-Obligationen Nr. 3264 bis einschließig Nr. 4070 werden an die Gläubiger im Nennwerthe des Capitals bar in Conventions-Münze zurück bezahlt. — §. 2. Die Auszahlung des Capitals beginnt am 1. Februar 1839 und wird von der k. k. Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse geleistet, bei welcher die verlostten Obligationen einzureichen sind. — §. 3. Bei der Auszahlung des Capitals werden zugleich die darauf haftenden Interessen und zwar bis letzten December 1838 zu zwei und

ein Viertel Percent in Wiener Währung, für den Monat Januar 1839 hingegen die ursprünglichen Zinsen zu vier und ein halb Percent in Conventions-Münze berichtigt. — §. 4. Bei Obligationen, auf welchen ein Beschlagnahme, ein Verboth oder sonst eine Vormerkung gesetzt, ist vor der Capitals-Auszahlung von der Beschlagnahme, welche den Beschlagnahme, den Verboth oder die Vormerkung verfügt hat, deren Aufhebung zu bewirken. — §. 5. Bei der Capitals-Auszahlung von Obligationen, welche auf Fonde, Kirchen, Klöster, Stiftungen, öffentliche Institute und andere Körperschaften lauten, finden jene Vorschriften ihre Anwendung, welche bei der Umschreibung von dergleichen Obligationen befolgt werden müssen. — §. 6. Den Besitzern von solchen Obligationen, deren Verzinsung auf eine Filial-Credits-Casse übertragen ist, steht es frei, die Capitals-Auszahlung bei der k. k. Universal-Staats- und Banco-Schulden-Casse oder bei jener Credits-Casse zu erhalten, bei welcher sie bisher die Zinsen bezogen haben. Im letzteren Falle haben sie die verlosenen Obligationen bei der Filial-Credits-Casse einzureichen. — Laibach am 10. Jänner 1839.

Joseph Camillo Freiherr v. Schmidburg,  
Gouverneur.  
Carl Graf zu Welsperg, Raitenau  
und Primör, k. k. Hofrath.  
Johann Schnez,  
k. k. Gubernialrath.

3. 168. (2) Nr. 1205.  
B e r l a u t b a r u n g.

Es sind nachstehende krainische Studentens-Stiftungsbüchse erlediget, und zwar: — 1) Bei der von Thomas Eglach, gewesenen Pfarrer von Möschnach, im Jahre 1756 errichteten Studentens-Stiftung zwei Plätze, jeder im jährlichen Ertrage von 100 fl. E. M. — Dieses Stipendium ist ausschließlich für einen solchen Schüler oder Studierenden bestimmt, welcher mit dem besagten Stifter am nächsten verwandt ist. Bei mehreren Stipendien Verberern mit gleichem Verwandtschaftsgrade gibt caeteris paribus die größte Dürftigkeit den Ausschlag. Dieses Stipendium kann von der Trivialschule angefangen, und sodann in allen Studienabtheilungen genossen werden. — 2) Die vom gewesenen Pfarrer Kaspar Glavatz zu Kropp im Testamente vom 15. Juni 1761 errichtete Stiftung, im jährlichen Ertrage von 33 fl. E. M. — Dieselbe ist bestimmt für Studierende, welche von den Brüdern oder Schwestern des benannten Stifters abstammen. b) In Ermanglung derselben

die Hälfte des bezeichneten Stiftungsvertrages für heilige Messen und die Hälfte für arme und fromme Anverwandte des Stifters. Der Stiftenungs-genuss ist auf keine Studienabtheilung beschränkt. Das Präsentationsrecht gebührt dem Ältesten der Familie. — 3) Die von Lucas Jezronsbeg, Bauer zu Wresch, unter Commenda St. Peter, für einen studierenden Knaben aus seiner Anverwandtschaft oder aus der Familie Hotschwar errichtete Stiftung, dormal im jährlichen Ertrage von 18 fl. E. M. Das Verleihenungsrecht gebührt dem Gubernium. — 4) Eine vom Mathias Kastelliz, gewesenen Domherrn zu Neustadt, und dessen Bruder Friedrich errichtete Stiftung von 13 fl. 30 kr. E. M. — Dieselbe ist bestimmt: a) Für Studierende, welche mit dem besagten Stifter verwandt sind, wobei der nähere Verwandtschaftsgrad den Vorzug gibt. b) In deren Ermanglung andere Studierende, und kann bis einschließig die philosophischen Studien, und Falls sich der Stiftenling dem Priesterstande widmet, auch während der theologischen Studien genossen werden. Das Präsentationsrecht hat der Älteste aus der Familie der dießfälligen Stifter auszuüben. — 5) Eine von Andreas Krön, gewesenen Landrath in Krain, im Jahre 1628 errichtete Studentens-Stiftung im jährlichen Ertrage von 26 fl. 30 kr. E. M. Auf den Genuss dieses Stipendiums haben jene Studierende Anspruch, welche wenigstens Schüler der Rhetorik, und mit dem Stifter verwandt, in Ermanglung der Anverwandten aber solche, welche Bürgersöhne von Laibach, Krainburg oder Oberburg sind, der Stiftenling ist insbesondere verbunden, sich der Musik zu widmen, wenn er sich für den geistlichen Stand vorbereitet. Das Präsentationsrecht übt der Stadtmagistrat Laibach aus. — 6) Eine vom Georg Lenkowitz, gewesenen Landeshauptmann in Krain mittelst Testaments vom 16. Juli 1601 errichtete Studentens-Stiftung, dormal im jährlichen Ertrage von 24 fl. E. M. Der Stiftenungs-genuss hört mit der Vollendung der philosophischen Studien auf, Falls der Stiftenling nicht zu den theologischen Studien übertritt. Das Präsentationsrecht gebührt dem Gubernium. — 7) Die von dem zu Oberlaibach gewesenen Pfarrer Lucas Marenik im Jahre 1805 errichtete Stiftung pr. 27 fl. E. M. Zum Genuss dieser Stiftung sind diejenigen Studierenden berufen, welche in Wippach geboren sind, unter welchen diejenigen den Vorzug haben, welche mit dem zu Wippach gewesenen Pfarrer Nepitsch verwandt sind. Das Präsentationsrecht gebührt dem jeweiligen Pfarrer zu Wippach. — 8) Der erste Stiftungsplatz von der vom Jo-

bann Martin Schager, gewesenen Pfarres zu Triffel im Namen des Magister Adam Franz Schager im Jahre 1732 errichteten Stiftung, im jährlichen Ertrage von 99 fl. 30 kr. E. M. Diese Stiftung ist bestimmt für Studierende, welche Aognaten, und in deren Ermanglung, welche Eognaten des gedachten Stifters sind, wobei jedoch in jedem dieser Fälle der nähere Verwandtschaftsgrad und bei einem gleichen Verwandtschaftsgrade das höhere Lebensalter des Bittstellers den Vorzug gibt. Dieselbe kann bis einschließig die philosophischen Studien und während des Studiums des jus canonicum genossen werden. Das Präsentationsrecht übt der Aelteste aus der Familie des dießfälligen Stifters aus. — 9) Das vom Joseph Skerl, gewesenen Pfarres von Koschana, unterm 27. Februar 1796 errichtete Studentenstipendium, im jährlichen Ertrage von 23 fl. E. M. Dieses Stipendium ist bestimmt: a) Für einen Studierenden, welcher mit dem erwähnten im Dorfe Tomai gebürtigen Stifter verwandt, b) In dessen Ermanglung für einen Studierenden von ehelicher Geburt, welcher im Pfarrbezirke Tomai oder Koschana geboren ist. Dieses Stipendium kann in den Gymnasial-Claffen, dann während der philosophischen und theologischen Studien genossen werden. Das Präsentationsrecht gebührt dem bischöflichen Ordinariate zu Triest, gemeinschaftlich mit dem Pfarres zu Koschana. — 10) Die von Skarlische Stiftung, dormal im jährlichen Ertrage von 29 fl. 10 kr. E. M. Dieselbe ist für einen am k. k. Laibacher Lyceum studierenden armen Adlichen, oder für ein noch in der Erziehung befindliches armes Fräulein bestimmt. Das Präsentationsrecht gebührt der Krainisch-sländisch verordneten Stelle. — 11) Der vom Johann Andreas von Steinberg, Bischof zu Skopia, und Probst an der Collegial-Kirche zu Rudolphswirth in Krain errichtete Studentenstiftungsolag, dormal im jährlichen Ertrage von 36 fl. E. M. Derselbe ist bestimmt für Studierende, welche aus der Familie von Steinberg, in Ermanglung derselben für solche, welche aus der Familie Sledich sind. Uebrigens muß der Stiffling entweder in Grätz oder in Wien studieren. Das Präsentationsrecht gebührt dem von Steinberg'schen Beneficiaten am heil. Grabe nächst Laibach, und das Verleihungsrecht der Familie von Steinberg. — 12) Ein vom gewesenen Weltpriester Mathias Sever errichtetes Stipendium, im jährlichen Ertrage von 29 fl. 24<sup>3</sup>/<sub>4</sub> kr. E. M. Dasselbe ist für einen Studierenden aus der Verwandtschaft des Stifters, und in Ermanglung eines solchen

für einen fähigen armen Studierenden aus der Nachbarschaft Laßitz, im Bezirke Wippach bestimmt. In Ermanglung solcher Individuen aber ist der betreffende Stiftungsertrag in zwei gleiche Antheile zu theilen, und zweien armen fähigen Studenten aus der Communität St. Veit, und in deren Abgange zweien armen Studenten aus dem Pfarrbezirke Wippach zu vertheilen. Der Stiftungsgenuß ist auf keine Studienabtheilung beschränkt. — Diejenigen Studenten, welche einen der erwähnten Stiftungsplätze zu erhalten wünschen, haben ihre Gesuche bis Ende März d. J. unmittelbar bei diesem Gubernium zu überreichen, und selbe mit dem Taufschaine, dem Dürftigkeits-, dem Pocken- oder Impfungs-Zeugnisse, dann mit den Studienzeugnissen vom zweiten Semester 1838 und vom 1. Semester 1839 zu belegen. Uebrigens haben jene Studierende, welche ein Stipendium aus dem Titel der Verwandtschaft erhalten wollen, noch einen legalisirten Stammbaum beizubringen, und nicht verwandte Competenten um das Krönische Stipendium noch das bezügliche Bürgerrecht ihrer Väter nachzuweisen. — Laibach am 24. Jänner 1839.

Z. 169. (2)

K u n d m a c h u n g.

Die öffentlichen Prüfungen an der k. k. Carl Franzens Universität aus dem Lehrgegenständen des juridisch-politischen Studiums im ersten Semester 1838/39, nehmen am 20. Februar d. J. ihren Anfang, und zwar in folgender Ordnung: Aus der Theorie der Statistik und europäischen Staatenkunde, für die öffentlich Studierende am 8., 9., 11. März, und für Privatisten am 13. März. — Aus dem römischen Rechte am 27. Februar, 1. März, und für Privatisten am 2. März. — Aus dem Lehenrechte am 20., 22., 23. Februar, und für Privatisten am 25. Februar. — Aus den politischen Wissenschaften am 15., 16., 18. März, und für Privatisten am 14. März. — Welches mit voller Beziehung auf die hohe Studienhofcommissions-Verordnung vom 4. April 1827, Gubernial-Currende vom 17. April 1827, Z. 8180, zu dem Ende bekannt gemacht wird, damit die Privatstudierenden zur gehörigen Zeit sich einsinden, und bei dem Directorate sich vorläufig mit den für Privatisten vorgeschriebenen Erfordernissen auseinsetzen, um sonach den Prüfungen sich unterziehen zu können, weil ohne besonderen erheblichen Gründen außer der öffentlichen Prü-

fungzeit, keine Erlaubniß zur nachträglichen Ablegung der Prüfung erteilt werden wird. — Vom k. k. Directorate der Rechts- und politischen Studien zu Grätz am 16. Jänner 1839.

Z. 161. (3) Nr. 1096/241.

**Verlautbarung.**

Eine von Friedrich Skerwin, gewesenen Pfarrer von Homez, mittelst Stiftbriefes vom 27. Mai 1718 errichtete Studentenstiftung von jährlichen 48 fl. Conv. Münze, ist erlediget. — Dieselbe ist bestimmt: a) für Studierende, welche mit dem besagten Stifter verwandt sind, unter welchen jene von der männlichen Linie den Vorzug haben; b) in deren Ermanglung aber für solche, welche in der Stadt Stein geboren sind. Der Stiffling muß insbesondere von ehelicher Geburt seyn. Das Stipendium kann nur durch sechs Jahre, und zwar von der zweiten Grammatical-Classse angefangen, genossen werden. Das Präsentationsrecht gebührt dem Ältesten aus der Familie des diesfälligen Stifters. — Es haben sonach diejenigen Studierenden, welche den erwähnten Stiftungspfad zu erhalten wünschen, ihre Gesuche bis Ende März dieses Jahrs bei diesem Subernium einzureichen, und selbe mit dem Taufheine, dem Dürftigkeits-, dem Pocken-, Impfungs-Zeugnisse, dann mit den Studienzeugnissen vom zweiten Semester 1838, und vom ersten Semester 1839, und endlich diejenigen, welche aus dem Rechte der Verwandtschaft einzuschreiten gedenken, insbesondere noch mit einem legalisirten Stammbaume zu belegen. — Vom k. k. kaiserlichen Subernium. Laibach den 19. Jänner 1839.

Benedict Mansuet v. Grabeneck,  
k. k. Subernial-Secretär.

Z. 152. (3) Nr. 300.

**Kundmachung.**

Die Theater-Unternehmung in Laibach betreffend. — Mit Ende März 1839 wird die Theater-Unternehmung in Laibach erledigt. Die Forderungen, die an einen Theater-Unternehmer gestellt werden, bestehen in Folgendem: Der Theater-Unternehmer muß jährlich längstens mit 1. October eine gute Oper und ein gutes Schauspiel und Lustspiel in Laibach herstellen, und dieses alles mindestens bis Palmsonntag des nächsten Jahres im guten Stande erhalten. Er muß sich über den Besitz der nöthigen intellectuellen Fähigkeiten zur ehrenvollen Leitung dieses Unternehmens, dann der hiezu erforderlichen Wandgenstände, Bibliothek und Garderobe

legal ausweisen, indem auf nicht gehörig documentirte Angaben keine Rücksicht genommen werden kann. — Dafür werden dem Unternehmer folgende Vortheile eingeräumt: Er erhält das ständische Theater unentgeltlich zur Benützung; es werden ihm die dem Theaterfonde zugehörigen 5 Logen und sämtliche Sperrsitze zur Vermietung überlassen; er bezieht von durchreisenden Künstlern, wenn sie sich hier produciren, bestimmte Procente ihrer Einnahmen, wie auch jene freiwilligen Beiträge, welche von den Eigenthümern der Privatlogen jährlich geleistet zu werden pflegen, und deren Ertrag sich nach den Leistungen des Theaters höher oder geringer stellt. Endlich wird dem Theaterunternehmer das Recht eingeräumt, im ständischen Redouten-Saale im Falschung maskirte Bälle zu seinem Vortheile abzuhalten. — Competenten, welche sich genau unter diesen Bedingungen um dieses Unternehmen zu bewerben gedenken, wollen ihre gehörig documentirten Gesuche portofrei an die Oberdirection des ständischen Theaters in Laibach, und zwar längstens bis 20. März 1839 einsenden. — Laibach am 18. Jänner 1839.

**Vermischte Verlautbarungen.**

Z. 159. (2)

**Kundmachung.**

Von der Bezirksobrigkeit Wippach, Adolberger Kreises im Königreiche Illyrien, wird hiermit allgemein verlaublich: Es sey von der hohen k. k. vereinten Hofkanzlei mit Decrete vom 30. Juni v. J., Nr. 15614, der Gemeinde St. Veit ob Wippach die nachgesuchte Bewilligung zur Abhaltung dreier Jahr- und Viehmärkte, und zwar am 14. März, 15. Juni und 14. August jeden Jahres mit dem Besatze erteilt worden, daß, wenn an einem der beiden ersten Tage ein Sonn- oder gebothener Feiertag fallen sollte, der Markt auf den darauf folgenden, wenn aber am 14. August ein Sonn- oder Feiertag fallen sollte, auf den vorhergehenden Werktag zu übertragen wäre.

In Folge der erhaltenen hohen Bewilligung wird nun der erste Jahr- und Viehmarkt am 14. März 1839 Statt haben, und die Gemeinde St. Veit sichert zur größeren Aufmunterung demjenigen, der das erste Paar Ochsen am gedachten Tage aus einem fremden Bezirke zum Verkaufe eintreibt, eine Prämie von 5 fl., und demjenigen, der das zweite Paar Ochsen zutreibt, eine Prämie von 2 fl. zu, welche Beiträge von dem Gemeinde-Vorstande sogleich werden ausbezahlt werden.

Bezirksobrigkeit Wippach am 26 Jänner 1839.

**Gubernial = Verlautbarungen.**

3. 183. (Widerr.) Nr. 1271.  
**R u n d s c h r e i b u n g.**

Der von der königl. französischen Regierung mittelst des nachstehenden Programms eröffnete Concurs, mit Ausschreibung eines Preises von 36000 Franks auf die Erfindung und Fabrication einer Papiergattung, auf welcher die Verlöschung der Schrift unmöglich wird, und sich dadurch vorzüglich für den Stempel, so wie für öffentliche und Privat-Urkunden eignen würde, wird in Gemäßheit des dießfalls herabgelangten hohen Hofkanzlei-Decretes vom 10. December v. J. Nr. 30641, hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Vom k. k. Gubernium. Laibach am 24. Jänner 1839.  
 Ferdinand Graf v. Nesselburg,  
 k. k. Gubernial-Secretär.

**Ministère des Finances.**

**Programme**

publié

par Ordre de M. le Ministre Secrétaire d'Etat des Finances, pour la mise au Concours de la fabrication et de la livraison au ministère des finances de 500 rames de papier, format dit *écu*, propre à empêcher le blanchiment intégral ou partiel de l'écriture tracée sur ce papier avec de l'encre usuelle.

**Exposé**

Le Gouvernement, dans le but de prévenir le blanchiment frauduleux du papier timbré, et les falsifications criminelles des écritures publiques ou privées, a depuis plusieurs années engagé l'académie des sciences à rechercher s'il n'existait pas des moyens de donner à l'encre ou au papier la propriété d'empêcher complètement l'altération générale ou partielle des écritures. — L'Académie des sciences a consigné les résultats des travaux auxquels elle s'est livrée à ce sujet dans deux rapports des 6. Juin 1831 et 6 Février 1837 qui ont été imprimés tant dans les comptes rendus de séances, que dans un recueil de pièces relatives à cette question, et réunies par ordre de M. le Ministre des finances. Après avoir montré par ces rapports que, dans l'état actuel de la science, il est possible d'effacer, sans qu'on le puisse constater, tout ou partie de l'écriture tracée sur le papier ordinaire avec l'encre usuelle, l'

académie fait connaître que les particuliers peuvent mettre le texte des actes qu'ils écrivent à l'abri de toute altération en employant pour écrire de l'encre de Chine délayée dans de l'eau acidulée par l'acide hydrochlorique marquant 10 1/2 à l'aréomètre de Beaumé. — Mais comme il arrive le plus communément que les engagements commerciaux et les actes civils ne sont point écrits dans leur contexte par ceux-là mêmes qui les signent et que dès lors la garantie résultant de la nature de l'encre ne pourrait point mettre tous les intérêts privés à l'abri du danger qui résulte de la possibilité d'altérer les écritures l'académie avait proposé de substituer au papier timbré actuel sur lequel aux termes des lois doit être rédigée la presque universalité des actes publics ou privés un papier revêtu d'une vignette composée de figures régulières et microscopiques imprimées avec une encre aussi délébile que l'encre usuelle. — Dans cet état des choses, M. le Ministre des finances a formé par un arrêté du 20. mai 1837 sous la présidence de M. Gantier, Pair de France, une Commission chargée de donner son avis sur le mode qui lui semblerait offrir le plus de garantie contre le lavage frauduleux du papier timbré, et contre l'altération générale ou partielle des actes publics ou privés. — Cette Commission a présenté à M. le Ministre des finances les résultats de ses recherches, dans un rapport du 11 Octobre 1837. — Elle conclut à l'adoption d'un nouveau système de fabrication du papier timbré. — „Ce système consisterait „à imprimer sur le papier destiné à la „perception de l'impôt du timbre, et au „moyen de deux encres, l'une délébile „comme l'encre usuelle, l'autre indélébile „comme l'encre typographique une vignette „composée en partie d'un dessin disposé „en cartouche et représentant une figure „susceptible de donner au papier un caractère public et légal, et en partie de figures „microscopiques formées de lignes se coupant sous des angles déterminés et parfaitement identiques entre elles: ce deux „sortes de dessin seraient unis et pour ainsi dire mariés ensemble par un procédé mécanique, de manière à offrir des points de „vérification aussi certains que faciles à

reconnaitre. — Le papier serait d'une fabrication uniforme, plus parfaite que celle du papier actuellement en usage, il devrait porter dans l'intérieur de la pâte, et dans toutes les parties de la feuille, un filigrane très-délié, propre à le distinguer de tout papier d'une autre fabrication. — L'impression de la vignette, partie délébile partie indélébile aurait lieu au moyen de cylindres, par un procédé analogue à celui qui est mis en usage dans la fabrication des toiles ou des papiers peints. — Dans ce système, il paraîtrait impossible d'altérer une partie de l'écriture sans faire disparaître la portion de la vignette microscopique délébile sur laquelle aurait porté la partie de l'écriture que l'on voudrait effacer. — Il serait également impossible de rétablir, après l'avoir détruite une portion de la vignette microscopique, à cause de la difficulté de rattacher la portion qu'il faudrait reproduire à celle que l'on n'aurait pas effacée. — Si l'on faisait disparaître en totalité la vignette microscopique délébile, il serait impossible de la rétablir ensuite en son entier, parce qu'on ne pourrait la marier sur le papier avec la vignette artistique imprimée en encre indélébile, de la même manière qu'elle le serait sur la gravure. — Enfin, si, dans le but de commettre un faux général on essayait de réduire le papier à l'état de papier libre ordinaire en retranchant la vignette artistique indélébile, et en faisant disparaître la vignette microscopique délébile, il resterait dans la pâte le filigrane indestructible qui manifesterait toujours la fraude qu'on aurait tentée\*). Le papier fabriqué dans ce système doit pour remplir le but que l'on se propose, être d'un emploi aussi facile que le papier timbré actuel: il est nécessaire, en outre, qu'il présente les mêmes conditions de durée, et qu'il ne soit ni plus hygrométrique ni plus combustible que le papier actuellement en usage. — Il doit être aussi susceptible que le papier ordinaire collé de recevoir l'impression typographique, et celle obtenue par la taille-douce ou par la lithographie, sans que la vignette délébile dont il sera

revêtu éprouve aucune altération. — De toutes les conditions à observer, la principale est que l'encre délébile destinée à imprimer la vignette pénètre dans le papier au moment de l'impression comme l'encre usuelle au moment où l'on écrit, de telle sorte que l'écriture tracée par la plume et le dessin de la vignette délébile offrent une résistance égale à l'action de l'eau, et s'effacent de la même manière sous l'influence des réactifs. — M. le Ministre des finances, voulant faire opérer un essai en grand d'un papier propre à empêcher le lavage frauduleux du papier timbré et les falsifications dans les écritures publiques au privées, propose une récompense de 36000 francs qui sera acquise à la personne qui livrera au secrétariat général de son ministère, dans les délais ci-après fixés, la quantité de 500 rames, format dit écu, d'un papier qui sera jugé propre à remplir le mieux les conditions du programme.

#### Mode et Conditions du Concours.

Les papiers qui seront présentés au concours pourront être fabriqués, soit d'après les indications données dans l'exposé ci-dessus, soit dans tout autre système; mais dans tous les cas ils devront, par les propriétés qui leur seront intérieures, empêcher le lavage partiel ou total des écritures dans toutes les parties de l'une est l'autre côté, recto et verso, de chaque feuille; ils devront porter ou au moins être susceptibles de recevoir une marque qui leur donne un caractère public et légal. — Dans le cas où ces papiers seront fabriqués d'après le système indiqué dans l'exposé qui précède, la gravure artistique imprimée en encre indélébile devra occuper la partie latérale gauche de chaque demi-feuille de papier dans sa plus dimension, et représenter un sujet analogue à ceux de timbres noirs actuels du papier timbré. — Le papier qui sera employé quel que soit le procédé que l'on adopte, devra être d'une qualité égale à celle des papiers qui se payent ordinairement dans le commerce 10 à 11 francs la rame. Il pourra indifféremment être fabriqué à la forme ou à la mécanique. — Le 500 rames devront être livrées en cahiers de 25 demi-feuilles non pliées, et qui devront avoir chacune la dimension de 0<sup>m</sup> 25<sup>m</sup> sur 0<sup>m</sup> 3,536. —

\*) Il suffit que les dessins tracés, par le filigrane n's' écartent point l'un de l'autre de plus cinq à six centimètres.

Le pigement du concours aura lieu par une Commission spéciale qui sera nommée par M. le Ministre des finances, et dans aucun cas les concurrents ne pourront prétendre à aucune récompense ni indemnité, de quelque nature qu'elle soit, au delà des décisions qui seront prises par la Commission. — Afin d'éviter la dépense de la fabrication des 500 rames de papier à ceux des concurrents qui ne paraîtraient pas devoir attendre le but proposé, la Commission rendra deux jugements, l'un préparatoire, l'autre définitif, sur les papiers qui seront soumis à son examen. — Les concurrents devront déposer, sous cachet des échantillons des papiers qu'il se proposeront de fabriquer avant le 1 Octobre 1839, pour dont délai; ces échantillons ne pourront être moindres de 25 feuilles format écu: la Commission décidera d'après l'examen de ces échantillons, quels seront ceux qui présenteront assez de perfection pour qu'il soit nécessaire que les personnes qui les auront déposés se livrent à la fabrication de 500 rames demandées par M. le Ministre des finances. — Ces 500 rames devront être livrées au secrétariat du ministère des finances trois mois au plus tard après la notification aux parties du jugement préparatoire dont il vient d'être question. Si ces papiers sont fabriqués dans un système qui comporte l'impression d'une vignette, les concurrents seront tenus, avant de procéder à cette impression, de soumettre le 500 rames de papier qu'ils se proposeront d'imprimer, ou au maximum 550 rames à l'application d'un timbre spécial qui sera apposé, sans frais, par l'Administration des domaines. — D'après l'examen définitif que la Commission sera des 500 rames livrées par chaque concurrent, elle adjugera, à titre de récompense, à celui qui aura livré le papier qui remplira le mieux le but proposé, la somme de 36000 fr. fixée par le présent concours. — La Commission accordera, à titre d'indemnité, à chacun des autres concurrents une somme qu'elle déterminera, en ayant égard, tant aux dépenses, qu'ils auront faites, qu'au plus ou moins, de perfection que présentera le papier qu'ils auront fabriqué: ces décisions de la Commission, approuvées par M. le Ministre des finances seront définitives, et ne pourront donner ouverture à aucune réclamation pour quel-

que cause que ce soit. — Les 500 rames de papier déposées par la personne à laquelle la somme de 36000 fr. sera attribuée par la Commission appartiendront au ministère des finances, qui en fera tel emploi qu'il jugera convenable. — Quant aux 500 rames déposées par chacun des autres concurrent, elles leur seront restituées sur leur récépissé sauf le cas où la Commission déciderait qu'elles seraient acquises au ministère de finances, moyennant l'indemnité allouée par la Commission à ceux qui en auraient fait le dépôt; dans ce cas, les concurrents auront l'option de renoncer à l'indemnité proposée, ou en, la recevant, d'abandonner au ministère des finances pour en faire tel emploi qui serait jugé convenable, les 500 rames de papier qu'ils auraient déposées. — Les personnes qui se proposeront de prendre part au présent concours pourront obtenir communication, au secrétariat générale du ministère des finances, de tous le renseignements réunis par l'ordre du Ministre sur l'objet dont il est question.

Paris, le 18 Juin 1838.

Signé le Président et les Membres de la Commission Gautier, Pair de France; Baron Thenard, Pair de France Membre de l'Académie des sciences; J. Lefèvre, Député; Rielle, Directeur du mouvement générale des fonds; Dumas, Poncelet, Gambey, Ponillet, Membres de l'Académie des sciences; Phlippon, Sous-Directeur au Ministère des finances; Chardon, Sous-Directeur à l'Administration de l'enregistrement; De Colmont, Inspecteur des finances; Cordier, Directeur des domaines et du timbre à Paris.

Approuvé, sur la proposition de M. le Directeur Général de l'enregistrement et des domaines, en date du 14 Juillet 1838 la publication du présent programme.

Paris, le 12 Septembre 1838.

Le Ministre Secrétaire d'Etat des finances  
Signé Laplagne.

**Kreisämliche Verlautbarungen.**

3. 174. (1) Exh. Nr. 933.

**K u n d m a ß u n g.**

Zur Herstellung der Arrete und einiger andern Localitäten in dem ärarischen Hovje Nr. 78 zu Gurkfeld, für das dortige l. f. Bezirks-Commissariat, werden verschiedene Haus ten, mit einem Kostenüberschlage von 1044 fl.

7 kr., und für die Dacheindeckung des Hauses mit 183 fl. 23 kr. vorgenommen werden. — Hierbei beträgt in Betreff des Ersten die Maurerarbeit mit 184 fl. 29 kr.; die Maurermaterialien mit 248 fl. 24 kr.; die Steinmearbeit mit 15 fl.; die Zimmermannsarbeit mit 75 fl. 34 kr.; die Zimmermannsmaterialien mit 134 fl. 46 kr.; die Tischlerarbeit mit 88 fl. 2 kr.; die Schlosserarbeit mit 97 fl. 12 kr.; die Gussf. n mit 126 fl.; die Glaserarbeit mit 20 fl.; die Hafnerarbeit mit 26 fl.; die Anstreicharbeit mit 11 fl. 30 kr.; an Verschiedenem 17 fl. 10 kr.; zusammen 1044 fl. 7 kr., dann bei der Dacheindeckung die Zimmermannsarbeit 50 fl. 45 kr.; die Zimmermannsmaterialien 132 fl. 38 kr., zusammen 183 fl. 23 kr. — In Betreff dieser Bauprojektionen wird zufolge der hohen Subernial-Verordnung vom 18. d. M., Z. 89, die Minucendo-Licitation hiermit auf den 14. d. J. ausgeschrieben, und an diesem Tage um 9 Uhr Vormittag bei diesem Kreisamte, wo die Licitations-Bedingnisse und Baupläne eingesehen werden können, abgehalten werden. — K. K. Kreisamt Neustadt am 27. Jänner 1839.

### Vermischte Verlautbarungen.

Z. 176. (1)

Nr. 144.

#### E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte der Staatsherrschaft Paß wird dem unwissend wo befindlichen Paul und Herrn Johann Lufner, so wie ihren gleichfalls unbekanntem Erben, erinnert: Es habe wider sie Miza Pototschnig von Dollenadobrava die Klage auf Verjähr. und Erloschenerklärung der Forderungen aus den Schuldbriefen ddo. 15. September, intabul. 7. October 1783 pr. 85 fl. und ddo. et intabul. 3. Mai 1787 pr. 51 fl., dann Vergleich vom 15. Jänner intabul. 7. October 1805, intab. auf der Untersafey Haus, Nr. 14, Urb. Nr. 749 zu Dollenadobrava hieramts angebracht, und es sey zur mündlichen Verhandlung dieser Rechtsache die Tag'agung auf den 26. l. M. 1. J., Vormittags um 9 Uhr festgesetzt worden. Da diesem Gerichte der Aufenthaltsort der Beklagten unbekannt ist, so ist zu ihrer Vertbeidigung auf ihre Gefahr und Kosten Joseph Kerschischinig in Pölland als Curator bestellt worden, mit welchem diese Rechtsache nach der bestehenden G. O. verhandelt und entschieden wird, und werden dessen die Beklagten hiemit zu dem Ende verständigt, damit sie allenfalls zu rechter Zeit selbst erscheinen, oder inzwischen dem bestimmten Vertreter ihre Rechtsbebelle zu übergeben, oder auch sich selbst einen andern Sachwalter zu bestellen und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt in dem rechtl. ordnungsmäßigen Wege einzuschreiten wissen mögen, indem si wi-

drigens sich selbst die aus ihrer Verabsäumung entstehenden Folgen zuzuschreiben haben werden.  
K. K. Bezirksgericht der Staatsherrschaft Paß den 22. Jänner 1839.

Z. 181. (1)

### Verwalterstelle.

Bei den vereinten Herrschaften Thurn am Hart und Guckfeld kommt der Verwalterposten mit dem fixen Jahresgehalte von 400 fl. und sonstigen Emolumenten, nebst freier Kost, Wohnung, Bedienung, Besorgung der Wäsche u. s. w., in Erledigung. Mit den erforderlichen Eigenschaften ausgerüstete Competenten wollen sich in Betreff ihrer Aufnahme derzeit des Dienstantrittes und der übrigen näheren Bestimmungen, entweder direct, oder durch Vermittlung des Herrn Dr. Johann Ebermann zu Laibach (am neuen Markte, Nr. 221), an die Inhabung der genannten Herrschaften verwenden.

Z. 164. (2)

### Erledigte Dienststellen.

Bei der Freiherr v. Borsch und Borschod'schen Herrschaft Pletterzsch im Neustädter Kreise, sind die Stellen eines Verwalters und eines Forstbeamten sogleich zu besetzen.

Die Bewerber um diese Dienstplätze müssen der krainischen Sprache vollkommen kundig seyn. Jene Competenten, die ledig sind, wird bei sonst gleichen Fähigkeiten der Vorzug gegeben. Für den Verwalter ist eine Caution von fünfhundert Gulden vorgeschrieben.

Die an die Herrschafts = Inhabung stylisirten Gesuche um einen oder den andern dieser Dienstposten, sind längstens bis zum 15. Februar 1839 in der Kanzlei des Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. J. A. Paschali in Laibach zu überreichen, wo auch auf mündliche oder portofrei gestellte schriftliche Anfragen nähere Aufklärung über den zu gewärtigenden Gehalt mit Nebenemolumenten, dann über die zu übernehmenden Dienstverpflichtungen ertbeilt wird.

Laibach am 30. Jänner 1839.